

TECHNIK UND KULTUR



30. JAHRGANG

BERLIN, 30 NOVEMBER 1939

Nr. 11, S. 149—160



DIE ZEITSCHRIFT DER DEUTSCHEN DIPLOM-INGENIEURE

Inhalt:

40 Jahre „Diplom-Ingenieur“ und 30 Jahre „Verband Deutscher Diplom-Ingenieure“	149—152	Pro und Contra	156—157
Das „Entschädigungsgesetz“ und der „Verband Deutscher Diplom-Ingenieure“	152—155	Kurzberichte	157—159
Von unseren Hochschulen	155—156	Literatur:	
		Neue Bücher	159—160
		Zeitschriften	160

40 Jahre „Diplom-Ingenieur“ 30 Jahre „Verband Deutscher Diplom-Ingenieure“

(Fortsetzung von Seite 140)

Die politische Zerrissenheit des deutschen Raumes, die Einzelstaaterei verhinderte wirksam, daß die Bauingenieure und Architekten einen geschlossenen Berufsstand organisatorisch vorbereiten konnten, weil sie an die einzelnen Staaten gebunden waren, in denen die beruflichen Bedingungen und sonstigen Verhältnisse verschieden waren. Die Ingenieure der Werkzeuge, solcher Bindungen nicht unterworfen, waren freizügig; sie waren nur mit der Industrie verbunden — und auch an diese gebunden —, und die Industrie war ihrerseits nicht staatsgebunden und in ihrer Wurzel liberalistisch.

Damit war für die Maschinenbauer der Boden vorhanden, auf dem eine einheitliche, zusammenfassende Organisation erstehen konnte, die nicht an die Grenzen der einzelnen Staaten gebunden war, sondern sich auf den ganzen deutschen Raum erstrecken konnte — „soweit die deutsche Zunge klingt“. In der Tat haben solche Gedanken junge Maschineningenieure in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bewegt: den Aufbau eines deutschen Ingenieurberufsstandes durch eine organisatorische Zusammenfassung zunächst der ehemaligen „Zöglinge“ des Gewerbeinstituts Berlin, der Vorläuferin der Technischen Hochschule Berlin. Die Verwirklichung dieser Idee aber stand unter der Herrschaft der liberalistischen Geistesrichtung und der Bindung an die Industrie. So wurde aus der dann erfolgenden Gründung eines „Vereines deutscher Ingenieure“ eine Organisation, die zwar dem Namen nach eine Berufsstandsorganisation war, in ihrem Inhalt aber eine Gesellschaft, die die Förderung der Industrie als oberstes Gesetz auf ihre Fahne geschrieben hatte: „ein inniges Zusammenwirken der geistigen Kräfte deutscher Technik zur gegenseitigen Anregung und Fortbildung im Interesse der gesamten Industrie Deutschlands“. In der Folge wurde der „Vereinszweck“ in der Satzung (§ 3) — in ihrer Geltung bis nach 1933 — folgendermaßen gefaßt: „Der Verein bezweckt ein inniges Zusammenwirken der geistigen Kräfte deutscher Technik zum Wohle der gesamten vaterländischen Industrie“.

Dem Vereinszweck entsprechend beschränkte sich auch der vom Verein erfaßte Personenkreis

nicht auf Ingenieure (wie man auch diesen Begriff fassen möge), sondern auf „Personen, die geeignet erscheinen, die Technik und den Verein zu fördern“.

Damit ergab sich eine Unstimmigkeit zwischen dem Namen des Vereins, mit dem er naturgemäß in die Öffentlichkeit trat und nach dem er von dieser beurteilt wurde, und seinem Inhalt. Und diese Unstimmigkeit führte (und mußte führen) zu einer zwiespältigen Politik in allen Fragen, die den Beruf der Ingenieure, ihre Stellung im Rahmen der Gesamtheit usw. betrafen. Immer wieder erhoben sich innerhalb des Vereins Stimmen, die auf diese Unstimmigkeit und auf die daraus sich ergebenden Folgen hinwiesen; die Stimmen waren der Ausdruck dafür, daß der Gedanke des Primates des Berufes im technischen Berufskreis lebendig war, daß man im Beruf mehr sah als ein Mittel lediglich zum Broterwerb und danach strebte, ein Gegengewicht gegen die wachsende Atomisierung der Ingenieure durch den altruistischen Berufsstand zu schaffen.

So zu werten ist, wenn schon zwei Jahre nach der Gründung des Vereins einer seiner Gründer, der Ingenieur Euler, auf einer Hauptversammlung (1858) darauf hinwies, daß der Verein unter einer unrichtigen Flagge segle; so wenn (1881) darüber geklagt wurde, daß der Ingenieur noch immer nicht die Stellung erhalten habe, die ihm gebühre; und schließlich hat die berühmt gewordene Entschliebung der Koblenzer Hauptversammlung (1886) in dieser Unstimmigkeit ihren Ursprung:

„Wir erklären, daß die deutschen Ingenieure für ihre Allgemeinbildung dieselben Bedürfnisse haben und derselben Beurteilung unterliegen wollen, wie die Vertreter der übrigen Berufszweige höherer wissenschaftlicher Ausbildung.“

So wenig alle solche Stimmen irgend einen Erfolg hatten, ebenso wenig wirkte sich diese Entschliebung aus, wie auch spätere Versuche in dieser Richtung wirkungslos bleiben mußten. Die Gründe liegen zutage und können in diesem Zusammenhang unerörtert hier bleiben.

Am Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts war der Liberalismus in Deutschland in einem sich beschleunigenden Vormarsche, dessen Motor die In-

dustrie war. Während man sich bemühte, da und dort der Atomisierung durch Einbau von Hemmungen Einhalt zu gebieten, ein Unterfangen, das auf die Dauer unter allen Umständen wirkungslos bleiben mußte, wenn man das Übel nicht an der Wurzel packte, überließ man die Industrie und alles, was mit ihr zusammenhing, sich selbst, sah zu, wie sie sich zu einem Staat im Staate entwickelte, wie ihre Kapitalmächte sich immer stärker entfalteten und sich nicht nur innerhalb Deutschlands verflochten, sondern auch weit über die Grenzen hinausgriffen und internationale Bindungen eingingen.

Mit der Industrie und dem „Kapital“, die die „Technik“ als eine Verdienmaschine nutzten, wurde die „Technik“ aus der Kulturarbeit ausgegliedert und zu einer Erscheinung im volklichen Leben, die mehr und mehr als unheimlich und schließlich als kulturfeindlich empfunden wurde, zum mindesten aber weitesten Kreisen des deutschen Volkes in ihrem inneren Wesen und ihrer wahren Bedeutung fremd blieb.

Schon aus diesen Gründen konnte es nicht wundernehmen, daß der Ingenieur in Deutschland eine eigenartige Stellung im Rahmen des Volkes einnahm. Wenn beispielsweise 1881 der bekannte Direktor des Vereins deutscher Ingenieure, Grashof, sagte: „Die Stellung, die andere Stände durch lange Tradition erworben haben, die muß der Ingenieur sich erst erobern. Er kann sie sich aber nur erobern durch seine Leistung!“ — so erhellt daraus wohl, daß die Erkenntnis lebendig war, daß die deutschen Ingenieure in den Augen der Öffentlichkeit nicht die Würdigung erfuhren, die ihnen hätte zukommen müssen; aber darüber hinaus kennzeichnet auch die Stellungnahme Grashofs die Denkweise, in der die führenden Männer dieser Zeit am Ausgang des Jahrhunderts befangen waren. Denn es handelte sich nicht um „Tradition“, welche die Anerkennung schaffe, sondern darum, daß die „anderen Stände“ eben als Berufsstände im Volksbewußtsein lebten und ihre Leistung für das Volksganze Allgemeingut war und als solches auch vom Staate anerkannt wurde durch den Schutz, den diesen Ständen zuteil wurde. Der deutsche Ingenieur hatte aber zum mindesten die gleiche alte Tradition, die im Hereswesen und im Bauwesen wurzelte und in den romanischen Staaten, teilweise auch in den süddeutschen Ländern durchaus lebendig geblieben war. Aber der industriegebundene Ingenieur stellte sich selbst außerhalb dieser Tradition, stellte sich bewußt auf den Boden der „neuen Zeit“, die solche Bindungen als veraltet zerriß.

Sicher, die gedachte Stellung kann nur durch Leistung errungen werden. Aber es ist ein Grundirrtum, wenn man glaubte, daß dies durch eine fachliche Leistung im Rahmen der Industrie, der kapitalistischen Wirtschaft erfolgen könnte. Sie gliederte sich aus dem Kulturschaffen des Volkes aus und damit die Ingenieure aus der Volksgesamtheit und aus deren Bewußtsein.

Voraussetzung für die Bildung eines solchen „Standes“, der im Volke eine „Stellung“ einnehmen konnte, ist zuerst die einheitliche Geisteshaltung und die Berufsverbundenheit. Das aber fehlte den Ingenieuren der Werkzeuge, und ihre Vereine taten nichts, um eine solche Einheitlichkeit zu schaffen. Sie taten auch nichts, um eine zweite notwendige

Voraussetzung zu schaffen: die Klarstellung der beruflichen Begriffe. Man redete von Ingenieuren, von ihren „Bildungsbedürfnissen“, von ihren Ansprüchen an Ansehen und Geltung auf Grund ihrer fachlichen Leistungen im Dienste der privaten Wirtschaft usw., aber man tat nichts, um den Begriff Ingenieur erst einmal klarzustellen. Im Gegenteil, passiv und aktiv half man eifrig an der Verwässerung und am Mißbrauch dieser Berufsbezeichnung mit, deren Ansehen in der Öffentlichkeit mehr und mehr sank, und schließlich wurde die Bezeichnung Ingenieur zu einem allgemeinen Begriff, mit dem weder im technischen Berufskreis noch in der Öffentlichkeit etwas anzufangen war.

Die staatsgebundenen Ingenieure, insbesondere die höheren technischen Staatsbeamten — sie wären die gegebenen Hüter der Ingenieurtradition gewesen. Aber, was schon angedeutet wurde, ihre bildungsmäßige Absonderung von den Ingenieuren der Werkzeuge, den Industrieingenieuren, war Ursache, daß keine Berufsverbundenheit entstehen konnte. Diese „Staatsingenieure“ sahen ihren Primat in ihrer Beamteneigenschaft und strebten besonders danach, daß sie die „Gleichstellung“ mit den anderen Verwaltungsbeamten, vornehmlich den Juristen, im Beamtenkörper erhielten. Sie unterlagen dabei einem grundsätzlichen Irrtum; die tatsächliche Entwicklung der Dinge zeigte, daß diese „Gleichstellung“ nicht durch die Analogie der Examina erreicht werden konnte (denn man hat heute diese Analogie, aber immer noch nicht die „Gleichstellung“), sondern allein durch die Stellung des gesamten Berufsstandes im Rahmen von Volk und Staat, durch das Ansehen in den Augen der Öffentlichkeit, das durch die Leistung für das Volksganze erzielt wird. Eine solche Leistung im Dienst von Volk und Staat setzt aber die Bildung des Berufsstandes, der geschlossenen Einheit der Berufsträger, voraus.

Die „Staatsingenieure“ führten in keinem Augenblick ihrer beruflichen Laufbahn die Bezeichnung Ingenieur. Sie waren Regierungsbauführer (heute -referendar), Regierungsbaumeister (heute Assessor), Baurat usw. Damit hatten sie kein berufliches Interesse an dem Ansehen der Ingenieurbezeichnung und taten nicht nur nichts, um dem Absinken ihres Ansehens Einhalt zu tun, sie förderten es auch noch. Im Bereich der Staatsverwaltung wurde bereits 1889 die Ingenieurbezeichnung „subaltern“, als die Preußische Staatsbahnverwaltung die Amtsbezeichnung „Ingenieur“ den Beamten des „mittleren“ Dienstes verlieh. Daß dieser Vorgang nicht ohne Einfluß auf den gesamten technischen Berufskreis bleiben konnte, ist wohl klar. Das erkannte auch der Verein deutscher Ingenieure, dessen angeführte Entschliebung vom Jahre 1886 zu dieser Maßnahme in einem krassen Gegensatz stand. Deshalb erhob der Verein Einspruch gegen diese Maßnahme, und zwar im Jahre 1895 und nochmals 1898:

„Wie wir bereits in unserer Eingabe vom 12. Februar 1895 Euerer Exzellenz aus ähnlicher Veranlassung vorzutragen uns erlaubten, wird unter „Ingenieur“ allgemein in Deutschland, Österreich und der Schweiz ein Mann mit akademischer Ausbildung verstanden. Der Umstand, daß mancher, ohne daran gehindert werden zu können, sich als Ingenieur bezeichnet, obwohl er

eine solche Ausbildung nicht genossen hat, ist nicht erheblich, solange diese Ausnahmen bei weitem die Minderheit bilden und die in den Augen der großen Mehrheit unberechtigte Anwendung des Titels ‚Ingenieur‘ durchaus privater Natur ist.“

Daß eine solche Stellungnahme, die innerlich unwahr ist, ohne Wirkung bleiben mußte, liegt auf der Hand. Und in der Folge hat dann auch der Verein diese Maske fallen lassen und glatt das Gegenteil behauptet.

So standen die Dinge am Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts. Die Frage der Ingenieurausbildung wurde auch in der Industrie immer brennender, denn das mangelnde Ansehen dieses Berufes in der Öffentlichkeit verhinderte in zunehmendem Maße, daß sich tüchtige junge Leute diesem Beruf zuwandten und wenn sie es taten, dann die Beamtenlaufbahn sich als Ziel stellten. Dazu kam die unsichere Stellung der Polytechnika, der Technischen Hochschulen im Rahmen des Bildungswesens. Auch das Ansehen dieser Bildungsanstalten war in der Öffentlichkeit zum mindesten umstritten und mußte sinken, je mehr durch die inzwischen errichteten privaten technischen Schulen, die in einer bis dahin unerreichten Buntscheckigkeit entstanden, den Technischen Hochschulen „Wettbewerb“ (der vielfach durchaus ein unlauterer war und gegen den niemand vorging) machten, sich ihre Bezeichnungen usw. aneigneten, usw.

Um die Jahrhundertwende setzte sich in weiteren Kreisen die Erkenntnis durch, daß die wissenschaftliche Durchdringung der Technik der Werkzeuge und der industriellen Technik von einer entscheidenden Bedeutung für die künftige Weiterentwicklung, nicht bloß der Industrie, werden mußte. Noch nicht sah man die kulturelle Bedeutung dessen, was man „Technik“ nannte, man sah nur die äußere Erscheinungen, sah nur die Auswirkungen, die bedrohlich genug waren. Klarer und klarer zeichnete sich die wachsende Zusammenballung auf der einen Seite des Kapitals, auf der anderen Seite der Massen ab, ihre Formierung zu politischen Gruppen oder wirtschaftlich getarnten politischen Gruppen, die über kurz oder lang die herrschende Gesellschaftsordnung in ihren Fundamenten bedrohen mußten. Die „Soziale Frage“ wurde zu einem brennenden Problem, nachdem offensichtlich geworden war, daß Versuche, die Gefahren durch eine staatliche Fürsorge zu bannen, gescheitert war. Freilich erkannte man nicht, aus welchen tieferen Ursachen dieser Versuch scheitern mußte.

Die „Technik“ machte man für diese unheilswangere Atmosphäre verantwortlich, wobei man allerdings die „Technik“ mit ihrer Anwendung durch die Kapitalmächte verwechselte und nicht erkannte, daß die Ursache eben darin lag, daß diese „Technik“ aus der Kulturarbeit ausgegliedert war, daß der Träger der Technik, der Ingenieur, selbst wurzellos durch die Liberalisierung geworden war. Man fühlte mehr, als daß man es erkannte, daß hier eine Lösung gefunden werden mußte, durch die man den Ingenieur einerseits durch Erhöhung seines Ansehens förderte, andererseits ihn der Gesamtheit verpflichtete, ihn in den Dienst an der Gesamtheit

durch die Schaffung eines einheitlichen Berufsstandes mit altruistischer Berufsauffassung stellte.

Damit entstand am Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts der erste Versuch, in Deutschland die Ingenieur-Frage zu lösen, und zwar auf dem Wege über die Technischen Hochschulen.

„Diplom-Ingenieur“

Es ist fraglos, daß die Polytechnika bzw. Technischen Hochschulen durch ihre Abtrennung von den Universitäten oder durch ihre gesonderte Errichtung für ihre fachliche Entwicklung bedeutenden Vorteil hatten. Ebenso fraglos ist aber, daß dadurch von vornherein diesen Hochschulen die Kennzeichnung als reine Fachanstalten anhaftete, und daß es ihnen nicht gelang, sich zu wirklichen Hohen Schulen der Technik, zu höchsten technischen Bildungsanstalten zu entwickeln. Einsichtige hatten längst erkannt, daß der Weg, den die Technischen Hochschulen durch diese Sonderstellung vielleicht gehen mußten, zwar zu einer starken Entwicklung in die Breite führte, aber dafür der Tiefe in wachsendem Maße ermangeln mußte.

Und diese Entwicklung nach der Breite setzte auch im gleichen Zeitmaß etwa ein, wie sich die industrielle Technik durch die Spezialisierung entwickelte. Die „Technik“ spaltete sich in einzelne Lehrgebiete, in Fächer, und diese zerspalteten sich wieder und wieder: eine gleichgeschlechtliche Entwicklung vollzog sich, das „Fach“ wurde zum beherrschenden Faktor.

Die Nachteile, die sich durch diese Entwicklung ergaben, führten zu Erörterungen über eine „Reform“ der Technischen Hochschulen, und es ist das Verdienst Riedlers, daß er diese Erörterung in Fluß brachte und ihr, was das Wichtigste war, auch ein Ziel zeigte: in seiner 1898 herausgegebenen Schrift „Unsere Hochschulen und die Anforderungen des zwanzigsten Jahrhunderts“ erörterte er u. a. die Angliederung der Technischen Hochschulen an die Universitäten und die Folgen, die sich daraus auch für den Berufsstand der akademischen Ingenieure ergeben müßten sowie die Auswirkungen dieser Maßnahme auf die Allgemeinheit.

Schon früher hatte Riedler solche Themata angeschnitten, und zwar in Aufsätzen (1895 und 1896) in der „Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure“, und er hatte damals in den Kreisen der technischen Berufsträger neben Zustimmung auch recht scharfe Gegenwirkung erfahren, namentlich aus den Kreisen der technischen Staatsbaubeamten. Denn Riedler nahm besonders gegen die Vorherrschaft der Bauabteilung an der Technischen Hochschule Berlin Stellung und gegen die Zuschneidung allen Unterrichts und der Prüfung auf die Anforderungen des Staatsbau- (Verwaltungs-) Dienstes. Für die Richtung, die Riedler verfocht, ist kennzeichnend der Titel, den sein erster diesbezüglicher Aufsatz in der genannten Zeitschrift trägt: „Zur Frage der Ingenieur-erziehung!“

Wie klar Riedler die Dinge gesehen hat, zeigen die folgenden Darlegungen aus seiner genannten Schrift „Unsere Hochschulen und die Anforderungen des zwanzigsten Jahrhunderts“:

„Eine selbstverständliche Folge der Angliederung der Technischen Hochschulen an die Universitäten wäre, daß die technischen Fakultäten in die Pflichten und Rechte der übrigen Fakultäten eintreten, und daß dem wissenschaftlich gebildeten Ingenieur, der die Bedingungen der Vorbildung und des akademischen Studiums erfüllt, auch die akademische Beglaubigung des Studienabschlusses, der Dokortitel zuerkannt wird.

Der ‚Doktor der Ingenieurwissenschaften‘, abgesehen davon, daß er an ausländischen Universitäten schon besteht, bringt keine schwierigere Neuerung als der ‚Doktor der Staatswissenschaften‘, ‚Doktor der Naturwissenschaften‘ usw. . . .“

„. . . Die Technischen Hochschulen haben gegenwärtig keinen vollwertigen Studienabschluß, sondern nur eine der Staatsbauprüfung nachgeahmte Diplomprüfung. Es ist schwer begreiflich, weshalb nicht schon längst ein der Bedeutung des technischen Studiums entsprechender akademischer Studienabschluß eingeführt wurde; die Vereinigung mit den Universitäten bietet den Anlaß, diese Lücke auszufüllen . . .“

„. . . Da der Ingenieur tatsächlich der höchsten und durchaus wissenschaftlicher Bildung bedarf, soll er auch die Beglaubigung solcher Bildung anstreben; nur die überlieferte Form drückt die Gleichwertigkeit seines wissenschaftlichen Studiums aus.

Die Form in diesem Sinne gering zu achten, wäre unpraktisch. Weil diese Form den Technischen Hochschulen fehlt, deshalb halten gegenwärtig noch so viele, trotz der eindringlichen

Sprache der Ingenieurwerke, das technische Studium für minderwertig, und deshalb haben alberne Redensarten zugunsten des Universitätsstudiums und zu Ungunsten des technischen Studiums noch immer Kurswert.

Viele Ingenieure werden weniger auf die akademische Form als auf den Schutz der Berufsbezeichnung ‚Ingenieur‘ Wert legen. Allerdings wäre solcher Schutz sehr erwünscht. Der gegenwärtige unwürdige Zustand, daß der Titel ‚Ingenieur‘ vogelfrei ist, sollte beseitigt werden . . .“

„. . . Gegnerschaft wird die akademische Form vielleicht bei den Technikern im Staatsbaudienste finden. In der Verleihung des Dokortitels an Ingenieure könnten die Staatsbaubeamten, welche ihren Beamtentiteln auch allgemeinen Wert beimessen, eine Störung ihrer Bestrebungen erblicken.

Nachdem die oberste Baubehörde den Ingenieurtitel an Unterbeamte mit bloßer Fachschulbildung verliehen hat, kann es im Interesse des wissenschaftlich gebildeten Ingenieurs, soweit er nicht selbst Baubeamter wird, kein anderes Bestreben geben, als den akademischen Studienabschluß zu möglichst hohem Ansehen zu bringen . . .“

Wie sehr damals Riedler auch hinsichtlich der Stellung der Staatsbaubeamten zu einer akademischen Regelung der Ingenieurfrage richtig gesehen hatte, ergab sich bald, als die Regelung der Technischen Hochschulen in dieser Richtung akut geworden war.

(Fortsetzung folgt)

Das „Entschädigungsgesetz“ und der „Verband Deutscher Diplom-Ingenieure“

III.

„Verband Deutscher Diplom-Ingenieure“

Für den Verband bestand zunächst beim Inkrafttreten des „Entschädigungsgesetzes“ am 9. 12. 1937 kein Anlaß, sich irgendwie damit zu befassen; denn der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure, das braucht wohl hier in „Technik und Kultur“ nicht im einzelnen belegt zu werden, hatte keine Ursache, sich als „Arbeitnehmervereinigung“ anzusehen. Hatte doch schon seine Gründung 1909 gerade die damals im technischen Berufskreis allein vorhandene Arbeitnehmerorganisation, die freie Gewerkschaft „Bund der technisch-industriellen Beamten“ (Butib), auf den Plan gerufen, um⁹ den Verband auf das heftigste zu bekämpfen. Und andere, der Arbeiterbewegung nahestehende Kreise und politische Parteien schlossen sich dem in der Folge an, in der Hauptsache mit der Begründung, daß durch die Politik des Verbandes die sich bildende Klassenfront auch im technischen Berufskreis gestört würde.

Hatte sich doch ferner in der Systemzeit, als die Klassengegensätze Staatsgrundsatz geworden waren, gerade weil der Verband nicht Arbeitnehmer-

organisation war und deshalb nicht in der Lage war, arbeitsrechtlich in Gehaltsfragen usw. seine Mitglieder zu vertreten und zu „schützen“, eine⁹ besondere Gewerkschaft für die akademisch-technischen Arbeitnehmer gebildet, der „Bund angestellter Chemiker und Ingenieure“, der dann auch in die Fußstapfen des Butib trat und den Verband auf das schärfste glaubte bekämpfen zu müssen, wobei immer sein Hauptargument war, daß der Verband nicht Arbeitnehmerorganisation und deshalb auch nicht mehr „zeitgemäß“ ist.

Nach Satzung und Betätigung war der Verband seit seiner Gründung „Standesorganisation“ der technischen Berufsträger abgeschlossener akademischer Ausbildung und erstrebte¹⁰ die rechtlich erfüllte Bildung eines Ingenieurberufsstandes, zur Erfüllung der einem solchen Stande im Staat und im Dienst der Allgemeinheit zukommenden Aufgaben.

Auch nach der nationalsozialistischen Umwälzung 1933 wurde dieses Ziel des Verbandes an sich anerkannt, und der Verband stand auch in keinem Augenblick im Gesichtskreis als eine Arbeitnehmerorganisation, die verschwinden mußte. Es war deshalb auch gar keine Rede davon, daß er von der Beschlagnahmeverfügung des Generalstaatsanwalts

betroffen würde oder daß die DAF. ihn eingliederte. Im Gegenteil, im Sommer 1933 schloß der Verband mit der DAF. ein sogenanntes Beitragsabkommen, wobei ausdrücklich seitens der DAF. anerkannt wurde, daß der Verband neben der DAF. und in Zusammenarbeit mit ihr als Berufsstandsorganisation volle Berechtigung und Aufgaben habe. Daß die spätere Entwicklung der Dinge im technischen Berufskreis andere Gesichtspunkte und eine andere Beurteilung des Verbandes zeitigte, liegt auf einem anderen Gebiete, das hier nicht in Frage kommt; keinesfalls aber wurde dabei in irgend einem Augenblick die Eigenschaft des Verbandes als Nicht-Arbeitnehmerorganisation in Frage gestellt.

So mußte es immerhin überraschen, als im „Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger“ vom 5. September 1938 in einer Liste derjenigen Arbeitnehmervereinigungen, in deren Vermögen die Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront eingewiesen wurde, unter „Angestelltenverbände“ auch der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure E. V., Berlin, aufgeführt war.

Die Verbandsführung hatte bereits im Juni 1938, aus Gründen, die hier nichts zur Sache tun und an anderer Stelle dargetan werden sollen, die Auflösung des Verbandes beschlossen und dazu das maßgebende Organ des Verbandes, den Führerring, zur endgültigen Beschlußfassung einberufen, und zwar in Vereinbarung mit dem Herrn Polizeipräsidenten von Berlin, als der Aufsichtsbehörde der eingetragenen Vereine, zum 2. Oktober 1938. Der Zeitpunkt mußte wegen der damals gespannten politischen Lage auf den 9. Oktober 1938 verlegt werden. An diesem Tage trat der Führerring in Berlin zusammen, und auf der Tagung traf die Mitteilung seitens des Amtsgerichts Berlin ein, daß der Verband auf Grund des „Entschädigungsgesetzes“ gelöscht sei, daß die Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront in das Vermögen des Verbandes eingewiesen ist und daß eine Liquidation des Verbandes deshalb auch nicht stattfindet.

Damit existierte an sich der Verband nicht mehr; der Führerring konnte Beschlüsse nicht mehr fassen und mußte sich vertagen. Im Kreise des Führerringes war man sich klar darüber, daß hier ein Irrtum vorliegen mußte, da ja der Verband niemals „Angestelltenverband“, also „frühere Arbeitnehmervereinigung“ im Sinne des „Entschädigungsgesetzes“ gewesen war. Wenn auch der Beschluß feststand, den Verband aufzulösen, so konnte der Führerring sich doch nicht mit diesem Ende des Verbandes zufrieden geben, das ihn nach fast 30jähriger Vergangenheit als ausgesprochener und als solcher allgemein anerkannter Gegner gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der technischen Akademiker als „frühere Arbeitnehmervereinigung“ stempelte, als gewerkschaftliche Organisation, und so diesen Charakter des Verbandes in das Gegenteil verkehrte.

Die Frage wird naturgemäß gestellt werden, worauf sich die Klassifizierung des Verbandes als „Angestelltenverband“ stützt. Aus der bloßen Tatsache, daß eine mehr oder minder erhebliche Anzahl

von Mitgliedern des Verbandes ihren Beruf in abhängiger Stellung — im Angestelltenverhältnis — ausüben, konnten diese Klassifizierung nicht gefolgert werden. Denn gerade die Zusammensetzung der Verbandsmitgliedschaft: Selbständige (freie) Berufstreibende, Diplomingenieure als Fabrikanten, solche in Stellungen, die sie rechtlich als „Arbeitgeber“ stempelte (Direktoren usw.), höhere technische Beamte des Reichs, der Länder, der Provinzial- und der Gemeindeverwaltungen (darunter auch technische Bürgermeister) usw. und schließlich Diplomingenieure in allen Graden abhängiger Stellungen, konnte sicherlich nicht als „Angestelltenkreis“ gewertet werden. Bestimmt aber wurde von den Verbandsmitgliedern selbst der Verband in keinem Augenblick, weder vor noch während der Systemzeit, als ein „Angestelltenverband“ aufgefaßt; ja gerade deshalb, weil der Verband kein „Angestelltenverband“ — keine Gewerkschaft im weiteren Sinne — war, haben in der Systemzeit Diplomingenieure im Arbeitnehmerverhältnis in wachsender Zahl den Weg zum Verband gefunden; denn sie wollten keiner Gewerkschaft angehören, weil sie der Überzeugung waren, daß es mit der akademischen Berufsauffassung unvereinbar sei, in einer Klassenfront, sei es auch eine mehr oder weniger getarnte, zu stehen.

Schließlich wird ein Verein auch nicht deshalb zu einer „Angestelltenvereinigung“, weil er nur aus Angestellten besteht; dazu muß als bestimmender Faktor hinzukommen, daß eben das „Angestelltensein“ als Organisationsgrundlage gewählt wurde, daß der Zweck des Vereins auf die Vertretung der Interessen gerichtet ist, die sich aus dem Arbeitnehmerzustand, aus der sozialen Sonderlage des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber ergeben. Soweit aber der Verband, dessen Organisationsgrundlage seit der Gründung sich nicht geändert hatte und die von ganz anderen Voraussetzungen ausging, sogenannte wirtschaftliche Interessen seiner Mitglieder vertreten hat, so geschah dies nicht einseitig, weder zugunsten der „Arbeitnehmer“ als „sozialer Gegenspieler“, noch einseitig zugunsten irgend einer anderen Mitgliedergruppe (etwa der „Arbeitgeber“ oder nur der Selbständigen), sondern auf dem Boden der Idee des Berufsstandes, aus dem Gedanken des alten, verpflichtenden Berufsbegriffes heraus, der Dienst am Ganzen bedeutet, im Sinne wahren Akademikertums, das seine Berechtigung allein darin sieht, größere Pflichten auf sich zu nehmen, Pflichten insbesondere gegenüber dem Volksganzen.

Das ist aber keine Konstruktion vom Standort der heutigen Zeit her! Wer sich die Mühe nehmen will, ältere und alte Bände der Verbands-Zeitschrift durchzusehen, er wird dauernd auf diese Einstellung der Verbandspolitik stoßen, und er wird auch leicht ersehen können, mit welchen Argumenten in der Systemzeit die von gewissen Seiten betriebsam versuchte Umgestaltung des Verbandes in eine „Arbeitnehmervereinigung“ erfolgreich bekämpft wurde.

Soweit man sehen kann, könnte nur das Argument bleiben, daß der Verband in der Systemzeit „Verhandlungen mit Arbeitgeberverbänden geführt“ habe.

Dazu wäre zu sagen, daß die bloße Tatsache solcher Verhandlungen noch keinen zureichenden Grund abgeben kann, um den Verband trotz gegenteiliger Aussage seiner Satzung, trotz seiner allgemein bekannten gegenteiligen Einstellung zum Arbeitnehmerproblem usw. zur „früheren Arbeitnehmervereinigung“, selbst nicht zu einer verkappeten zu stempeln, ihn deshalb kurzer Hand aufzulösen und in sein Vermögen mit Wirkung vom 31. Dezember 1934 mit all den sich daraus ergebenden Folgen (wie sie oben aufgezeigt sind) die Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront einzuweisen. Denn: nicht die Tatsache von „Verhandlungen“ allein genügt, es muß auch das **Wesen** dieser Verhandlungen, ihr Zweck und ihr Ziel mit den Voraussetzungen des „**E n t s c h ä d i g u n g s g e s e t z e s**“ übereinstimmen.

Worin bestanden nun aber die „Verhandlungen“ des Verbandes mit Arbeitgebervereinigungen in Wirklichkeit? Man kann sich darüber leicht ein Bild machen, wenn man

1. die Akten der „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin“, insbesondere den Bericht über die Vorstandssitzung dieser Vereinigung vom 3. Oktober 1924 zu Rate zieht und
2. die Zeitschrift des Verbandes („Technik und Kultur“) z. B. vom 25. Januar 1934, Seiten 7 bis 9, nachliest.

Man wird dann leicht feststellen:

1. daß es sich nicht um Verhandlungen im Sinne des Aushandelns irgendwelcher Arbeitnehmerinteressen, gewissermaßen als „sozialer Gegenspieler“ oder ähnliches, drehte, sondern lediglich um einen Vortrag (des Verfassers) über das Wesen und die Ziele des Verbandes handelte, wie das auch in der Tagesordnung dieser Vorstandssitzung eindeutig zum Ausdruck kam;
2. daß — wie männiglich bekannt — die genannte „Vereinigung“ als Spitzenorganisation gar keine „Verhandlungen“ in Arbeitnehmerfragen führen, keine irgendwelche Abkommen schließen konnte;
3. daß die Darlegungen des Verbandes auf dieser Vorstandssitzung auf einem ganz anderen Niveau standen wie etwa irgendwelche Angestelltenverhandlungen der Systemzeit und eine einzige Ablehnung gewerkschaftlichen Denkens und Handelns, gewerkschaftlicher Organisationsformen und der Klassenideologie jeden Grades darstellte, und schließlich
4. daß diese Darstellungen über das Wesen des Verbandes und seine Ziele gipfelten in der Aufzeigung eines Weges in eine andere Zukunft, die im Nationalsozialismus verwirklicht wurde:

„Los vom **K l a s s e n k a m p f**, politischen oder wirtschaftlichen, los vom **M a r x i s m u s**, sei es auch ein verkappter in der Gestalt sogenannter politisch neutraler Gewerkschaften, und hin zur **V o l k s g e m e i n s c h a f t!** Der Weg zu dieser führt nur über eine **g e ä n d e r t e g e i s t i g e E i n s t e l l u n g** der Massen, aus der heraus die **A r b e i t w i e d e r** zum **B e r u f** wird. Darin haben aber gerade die Akademiker und in erster Linie die technischen Akademiker der Masse voran zu gehen!“

Aus diesem Geiste heraus war auch ein „Abkommen“ getroffen, das schon 1921 die Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereine des Verbandes mit der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Düsseldorf“ geschlossen hatten und das auf eine Gemeinschaftsarbeit und auf ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis von Betriebsführung und ihren Diplomingenieuren im Betriebe abgestellt war. Wie wenig dieses Abkommen „gewerkschaftlich“ war, bewies allein schon seine Wirkung auf die „früheren Arbeitnehmervereinigungen“: diese erhoben gegen dieses Abkommen Einspruch beim Reichsarbeitsminister, bei der „Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ u. a., ausgerechnet mit der Begründung, daß das „geltende“ Recht ein solches Abkommen verbiete, weil der Verband Deutscher Dipl.-Ingenieure keine Arbeitnehmerorganisation sei, und deshalb weder er noch die Arbeitgeber das Recht hätten, in „Verhandlungen“ einzutreten, wobei sie dann auch ausführten, warum der Verband nicht als „Arbeitnehmerorganisation“ zu gelten habe! Und schließlich: was hier angestrebt wurde, war doch wohl im Grunde das Ziel, das durch die Vernichtung der entgegengesetzt gerichteten Kräfte, der sozialen Gegenspieler“, erreicht wurde.

Grundlage der Verbandsarbeit war stets die Berufsarbeit; daß eine solche zwangsläufig in das soziale Gebiet hinüberspielte und spielen mußte, ist natürlich. Das macht aber die Berufsarbeit noch lange nicht zur Klassenarbeit, macht den Verband nicht zu einer „Arbeitnehmervereinigung“, nicht zum „sozialen Gegenspieler“. Abgesehen davon, daß diese Berufsarbeit, so sehr sie auch in das Sozialpolitische hineinreichen mochte, ja nicht einseitig für die „Angestellten“ allein betrieben wurde, sondern ebenso die Beamten wie die Selbständigen und schließlich auch die Belange der „Arbeitgeber“ erfaßte. Denn, vom Standort des Berufes aus, war für die Verbandsarbeit der Primat die Zugehörigkeit zum gemeinsamen Ingenieurberufsstand, während die soziale Form, in der der Beruf ausgeübt wurde, lediglich „Wirtschaftszustand“ war, der in zweiter Linie kam. Deshalb wurde ja auch bei aller Sozialarbeit innerhalb des Verbandes der Ausgleich der verschiedenen Belange erstrebt und gesucht. In der Systemzeit freilich betrachtete man solche Politik als Phantasterei, denn Liberalismus und Marxismus setzten ja gerade das an die erste Stelle, was der Verband an die zweite setzte, nämlich den wirtschaftlichen Zustand, die soziale Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit, und nicht der Ausgleich der verschiedenen Interessen unter einem höheren Gesichtspunkt war das Ziel der Organisationspolitik.

Wenn aber die Beschäftigung mit sozialen Fragen, die sich aus dem organisatorisch erfaßten Berufskreis notwendig immer ergeben, allein schon Kriterium einer „früheren Arbeitnehmervereinigung“ wäre, dann hätte das „Entschädigungsgesetz“ noch auf so manche andere Organisation im technischen Berufskreis angewendet werden müssen. Man darf aber sicher sein, daß man beispielsweise die Anwendung des fraglichen Gesetzes auf den „Verein deutscher Ingenieure“, also die Erklärung, daß dieser etwa eine „frühere Arbeitnehmervereinigung“ gewesen

sei, oder die Anwendung auf den „Verein deutscher Chemiker“ u. a. in der Öffentlichkeit, insbesondere aber im technischen Berufskreis nicht verstanden hätte. Und doch hätte dies in der gleichen Linie wie beim Verband Deutscher Diplom-Ingenieure gelegen; niemand kann bestreiten, daß die genannten Vereine ebenso Berufspolitik mit jeweilig erheblichem sozialen Einschlag betrieben haben, wobei die Meinungen höchstens da und dort vielleicht auseinandergehen können darüber, ob hier die Entscheidung nach einer „früheren Arbeitgeber“- oder „früheren Arbeitnehmervereinigung“ zu fällen gewesen wäre.

Ebenso mußte aber auch bei der ganzen Sachlage die Unterstellung des Verbandes unter das „Entschädigungsgesetz“ überraschen, und es konnte bei dieser Entscheidung nicht sein Bewenden haben.

In der Folge fanden auf Grund einer Eingabe an den Herrn Reichsminister des Innern verschiedene Besprechungen im Innenministerium statt, die schließlich zu dem Erfolg führten: Der „Deutsche Reichsanzeiger und Preußische Staatsanzeiger“ brachte in seiner Ausgabe vom 4. Juli 1939 folgende „Berichtigung“:

„In der in Nr. 206 des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers vom 5. September 1938 veröffentlichten Liste der auf Grund des § 24 Abs. 4 des Gesetzes über die Gewährung von Entschädigungen bei der Einziehung oder den Übergang von Vermögen vom 9. Dezember 1937 (Reichsgesetzblatt I S. 1333) bekanntgegebenen Vermögenseinträger, in deren Vermögen die Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront eingewiesen wurde, ist in Abschnitt I Buchstabe F Nr. 2 (Angestelltenverbände) zu streichen:

Verband Deutscher Diplom-Ingenieure e. V., Berlin.
Berlin, den 30. Juni 1939.

Der Reichsminister des Innern.
I. A.: Erbe.“

Damit waren die Voraussetzungen gegeben, daß der Verband sein Schicksal wieder selbst in die Hand nehmen konnte. Dazu war zunächst erforderlich, daß die Löschung im Vereinsregister wieder rückgängig, d. h. daß der Verband wieder „eingetragen wurde.“ Am 19. August 1939 erfolgte die erneute Eintragung des bisherigen Vorstandes des Verbandes und zugleich die inzwischen durch den Führerring des Verbandes beschlossene Selbstauflösung des Verbandes und seine Abwicklung durch den bisherigen Vorstand.

So kann der Verband, rd. ein Jahr später, seine Absicht, ordnungsgemäß zu liquidieren, durchführen, und zwar als Berufsstandsverband der Ingenieure mit abgeschlossener Hochschulbildung, als der er bei seiner Gründung vor rd. dreißig Jahren errichtet

wurde, dessen Politik er durch alle Veränderungen der Umwelt ohne Schwanken treu blieb und als welcher er im Gedächtnis weiterleben wird.

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz.

Anmerkungen:

⁸ K. F. Steinmetz: Der Bund technisch-industrieller Beamten und der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure. — Zeitschr. d. Verb. Deutscher Dipl.-Ing. 1 (1910) 402. — H. Pottthoff: Die organisierten Diplom-Ingenieure. — Zeitschr. d. Verb. Deutsch. Dipl.-Ing. 1 (1910) 493.

⁹ K. Fried: Die Organisationsfrage der akademischen Ingenieure. — Zeitschr. d. Verb. Deutscher Dipl.-Ing. 12 (1921) 110.

¹⁰ Vgl. W. v. Pasinski: Diplom-Ingenieur-Kammern. — Zeitschr. d. Verb. Deutsch. Dipl.-Ing. 1 (1910) 116. — Ferner derselb.: Die politische Bedeutung der Gründung des Verbandes Deutscher Diplomingenieure. — Zeitschr. d. Verb. Deutsch. Dipl.-Ing. 2 (1911) 22.

Von unseren Hochschulen

TH Aachen: Zum außerplanmäßigen Professor der Markscheidekunde ist Professor Dr.-Ing. TH. Kappens ernannt worden.

TH Berlin: Provinzialbaurat Dr.-Ing. J. Schlums wurde als o. Professor auf den Lehrstuhl für Straßenbau und Verkehrswesen berufen.

Professor Dr.-Ing. H. Nipper wurde von der TH Aachen an die TH Berlin berufen.

Professor Dr. R. Mentzel, Ministerialdirektor und Vorstand des Amts Wissenschaft im Reichserziehungsministerium, wurde zum Honorarprofessor der Wehrtechnischen Fakultät ernannt.

TH Braunschweig: Dr. Rich. Plagemann, Luftflottenintendant, erhielt einen Lehrauftrag für Luftrecht sowie für Wehrrecht und Wehrwirtschaft.

Der Lehrstuhl für Organische Chemie wurde Dr.-Ing. H. Frieze unter Ernennung zum o. Professor übertragen.

Unter Ernennung zum o. Professor wurde Dozent Dr. Fr. Rehbock auf den Lehrstuhl für Mathematik und Darstellende Geometrie berufen.

Dr. rer. pol. G. Voigt wurde beauftragt, in Vorlesungen und Übungen das Fach Sonderfragen der Betriebswirtschaftslehre für Ingenieure zu vertreten.

TH Breslau: Dozent neuer Ordnung für das Fach Physik wurde Dr.-Ing. habil. K. Schuster.

Professor Dr. F. Ebert wurde in das Beamtenverhältnis berufen und zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Zum außerplanmäßigen Professor wurde der n. b. a. o. Professor Dr. phil. habil. K. Kröger ernannt.

Zum Dozenten neuer Ordnung wurde für das Fach Chemie Dozent Dr. phil. habil. Dipl.-Ing. Otto Neunhöffer (zugleich an der Universität) ernannt.

Außerplanmäßiger Professor wurde Dr. W. Marx unter Aufrechterhaltung seiner bisherigen Lehrbefugnis.

Dozent Ing. habil. H. Heinrich wurde zum Dozenten neuer Ordnung unter Berufung in das Beamtenverhältnis ernannt.

Auf den Lehrstuhl für elektrische Kraftanlagen und Bahnen wurde vertretungsweise Dr.-Ing. E. Kübler berufen.

TH Brünn: Dozent Dr. J. Holluta wurde vertretungsweise auf den Lehrstuhl Physikalische und Elektrochemie berufen.

TH Danzig: Zum o. Professor der Fernmeldetechnik ist Dipl.-Ing. H. Schönfeld ernannt worden.

TH Darmstadt: Ministerialrat Dr.-Ing. A. Mehmel wurde als o. Professor der Lehrstuhl für Eisen-, Beton- und Massivbau übertragen.



In den kommenden Winterfeldzug gehen wir gerüsteter als 1914. Das deutsche Heer besitzt die besten Waffen und seine Heimat ist getragen vom Opfergeist für das Kriegs-WH.W.

TH Dresden: Unter Ernennung zum o. Professor wurde Prof. Dr. H. Stuart der Lehrstuhl für Physik übertragen.

An der forstlichen Abteilung (Tharandt) erhielt Dozent Regierungsrat Dr. K. Mantel den Lehrstuhl für Forst- und Jagdrecht, Forstpolitik und Wirtschaftswissenschaften.

Studienrat Dr.-Ing. P. A. Koch wurde unter Ernennung zum ao. Professor der Lehrstuhl für Textil- und Papier-technologie übertragen.

BA Freiburg: Ernannet wurde zum außerplanmäßigen Professor der Dozent Dr. jur. habil. W. Förster.

TH Karlsruhe: Zum Dozenten für Lichttechnik wurde Dr.-Ing. habil. O. Knoll ernannt.

TH München: Der Lehrstuhl für Architekturzeichnen wurde Dipl.-Ing. H. Döllgast unter Ernennung zum ao. Professor übertragen.

Zum außerplanmäßigen Professor wurde Dozent Dr. phil. habil. O. Reuther ernannt.

TH Wien: Unter Ernennung zum ao. Professor wurde Dr. techn. J. Zemmann der Lehrstuhl für Maschinenelemente übertragen.

Pro und Contra

Nochmals: Allgemeine oder spezielle Bildung? Zu unserer, zu diesem Thema im September d. J. gebrachten Auseinandersetzung erhielten wir von geschätzter Seite eine längere *Zuschrift*, der wir nachstehendes entnehmen:

Der Vorschlag von Professor Dr. Bachér geht nicht dahin, den bisherigen Bildungsgang des Diplomingenieurs über die Oberschule zur Technischen Hochschule auszu-schalten, sondern: er will neben diesen bisher allgemein vorgeschriebenen Bildungsgang den gleichberechtigten setzen, der über die Berufs- und Fachschule zur Hochschule führt. Praktisch würde das bedeuten, daß dieser zweite Weg zur Hochschule als „Ausnahmestand“ beseitigt und zu einem Regelausbildungsgang gemacht wird. Dabei ist aber zu beachten, daß dieser Ausnahmestand schon seit längerer Zeit kein engbegrenzter mehr ist. Was nun durch den genannten Vorschlag gewonnen werden soll, das führen die Verfechter des Vorschlages dahin aus, daß durch ihn, also durch die „spezielle Bildung“ anstelle der allgemeinen Bildung, technische Begabungen frühzeitiger und leichter erkannt und so besser gefördert werden könnten, daß auch „Fehlleitungen“ weniger auftreten würden.

Nun, der Grundgedanke solchen Bildungsganges ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten ist von Organisationen der Absolventen der Höheren Technischen Lehranstalten die Forderung vertreten worden, das Abgangszeugnis dieser Fachschulen dem Reifezeugnis der Höheren Schulen gleichzustellen, wobei man die Meinung vertrat, daß das Studium an der Fachschule mindestens die gleiche Höhe und Weite geistiger Reife herbeiführe wie die Höhere Schule. Daß man dabei zwei Dinge in unmittelbaren Vergleich setzte, die auf ganz verschiedene Ebenen liegen und nicht verglichen werden können, wurde zwar leidenschaftlich von den Verfechtern bestritten; aber die Beweisführung konnte nicht überzeugen. Es ist kein Beweis für die Richtigkeit, wenn man eine Reihe von Persönlichkeiten aufführt, die den Bildungsgang der Fachschulen absolviert und es im praktischen Leben zu leitenden Stellen und hohem Ansehen gebracht haben. Das trifft auf alle Gebiete zu, und man müßte dann mit derselben Berechtigung für alle höheren, wissenschaftlichen Berufe, einschließlich des Offizierberufs, grundsätzlich einen gleichen Bildungsgang fordern. Wir sehen aber, daß man überall für diese Berufe grundsätzlich an dem Bildungsgang festhält, der über die Höhere Schule (Oberschule) führt, ohne das naturgemäß ein anderer Weg völlig ausgeschlossen wäre.

Man muß sich klar sein darüber, um was es sich im Grunde bei diesen Fragen handelt, nämlich um den berechtigten und mit allen Mitteln zu fördernden Aufstieg der Begabungen ohne Unterschied ihrer Herkunft und ihrer materiellen Lage. Die Verwirklichung dieses sozialistischen Grundsatzes kann aber nicht, wie einmal an anderer Stelle gesagt wurde, dadurch zum Wohle der Gemeinschaft erreicht werden, daß man „Unwissende den Beruf Wissender ausüben“ läßt, sondern allein so, daß die Wege geebnet und die Mittel bereit gestellt werden, um allen Begabten das notwendige Wissen und die erforderliche allgemeine Bildung zu vermitteln, die für den geeigneten Beruf notwendig sind. Schon vor zwanzig Jahren wurde das in dieser Zeitschrift ausgesprochen, wurde betont, daß „nur ein Unvernünftiger den Aufstieg der Begabten nicht wollen“ könnte, daß der „Aufstieg“ aber nur dann ein wirklicher Aufstieg ist, wenn er durch die eigene Leistung erfolgt. Und, auf das Studium der Ingenieurwissenschaften anspielend, daß es durchaus gleichgültig sein müsse, wie und wo das notwendige Vorwissen und die als notwendig erkannte Bildungshöhe erworben wurde, sie müsse nur auch als tatsächlich vorhanden irgendwie nachgewiesen werden.

Daß ein solcher Standpunkt auch heute seine volle Geltung hat, bedarf keiner eingehenden Beweisführung. Aber einen treffenden Beweis bot eine Notiz, die kürzlich durch die deutsche Presse ging: „Fünf Generale stammen aus dem Mannschaftsstande“ Darin wurde u. a. gesagt:

„... Die Beförderung tüchtiger Unteroffiziere zu Offizieren bis in die höchsten Rangstufen hinein, ist aber auch deshalb so bemerkenswert, weil in Deutschland im Gegensatz zu manchen anderen Staaten auch bei Beförderungen von Unteroffizieren zu Offizieren der Grundsatz nicht verlassen wird, daß die so Herausgehobenen das gleiche Maß an Wissen, Können, Erfahrung und vor allem an Charakterhaltung nachzuweisen haben, wie diejenigen, die auf dem Wege über den Fahnenjunker in die Offizierslaufbahn gelangen.“

Wenn die Wehrmacht an solchen Grundsätzen festhält, so doch sicher nicht aus „Standesrücksichten“, sondern auf Grund wohlbegründeter Erfahrungen und erkannter Notwendigkeiten. Es handelt sich ja beim Offizier nicht bloß darum, das Waffenhandwerk gründlich zu kennen; diese Kenntnisse und dazu die nötigen Erfahrungen sich anzueignen, dazu würde die Laufbahn „von der Pike auf“ bestimmt die besten Voraussetzungen abgeben, das würde bestimmt durch eine „spezielle Bildung“ wirkungsgradlich erreicht werden können. Warum aber hält man bei der Wehrmacht an dem Grundsatz fest, daß normalerweise die „spezielle“ Berufsbildung auf der „allgemeinen Bildung“ aufgebaut wird? Zu den Aufgaben des Offiziers, die viel tiefer gehen, gehört auch in erster Linie die Menschenführung; diese Kunst muß stärker untermauert werden als durch eine „spezielle Bildung“ auf einem schmalen Fundament allgemeinen Wissens. Liegen die Dinge dem Grunde nach aber bei den Diplomingenieuren anders?

Daß die Wehrmacht der Charakterbildung einen so hohen Wert beißt, ist in der Aufgabe der Menschenführung begründet und natürlich. Mit Recht verlangt aber der Nationalsozialismus die charakterliche Bildung und Haltung allgemein und hat zu dieser Erziehung für die gesamte Jugend die entsprechenden Einrichtungen geschaffen und alle Schulen dafür neu geformt. Nicht ganz verständlich erscheint es deshalb, wenn der vorgeschlagene Bildungsgang für Diplomingenieure über die Berufs- und Fachschule auch noch damit begründet wird, daß durch diesen Ausbildungsgang die charakterliche Erziehung mehr gewährleistet würde als durch die Oberschule. Denn so müssen wohl die Ausführungen verstanden

werden, die Professor Dr.-Ing. Otto Streck (in „Reichszeitung der Deutschen Erzieher, November 1937) machte:

„... Dieser Mann der Höheren Technischen Lehranstalt mit seiner Leistungsberechtigung ist bestimmt einem Teil seiner „primäreifen“ Kameraden an der Hochschule überlegen, da diese ja solchen weitgehenden Auslesegrundsätzen bei Eintritt in die Hochschule nicht unterworfen sind. Bei diesen kann auch der Unbegabte, charakterlich schwache und politisch indolente alle Möglichkeiten ausschöpfen, die der Staat für die Ingenieurausbildung unter erheblichen Geldaufwendungen zur Verfügung stellt...“

Würde eine solche Beurteilung der Absolventen der Oberschule zutreffen, so müßten doch diese Schulen schleunigst beseitigt, zum mindesten aber ganz gründlich auf ihre Unterrichtsmethoden, auf ihr Auslesesystem und auf die Wirksamkeit ihrer Reifeprüfungen nachgeprüft und an Haupt und Gliedern reformiert werden. Denn hier ist nicht mehr und nicht weniger gesagt, als daß die Oberschule „Unbegabte“, „charakterlich Schwache“ und „politisch indolente“ zur Reife führt! Wenn das in der Tat in nennenswertem Umfange (und nur dann hat man das Recht, davon zu sprechen) der Fall wäre, so müßten vor allem auch die Universitäten und die Berufe, die ihren Nachwuchs auf den Universitäten ausbilden, ohne Zögern sich freimachen von der Oberschule und ein neues „Ausleseverfahren“ einführen, indem sie für ihre Berufe Berufs- und Fachschulen errichten.

Daß die Dinge in Wahrheit anders liegen, daß im Gegenteil von vielen Berufen an der Forderung der Reife durch die Oberschule festgehalten wird, daß insbesondere gerade aus dem deutschen Offizierskorps heraus der Erziehung durch die Oberschule immer schon ein hoher Anteil an der unbestrittenen Leistung des deutschen Offizierskorps zugesprochen wird, das hat ja den Nationalsozialismus zur Beibehaltung und zu der bekanntesten Reform der Oberschule veranlaßt.

Freilich, man sagt, daß die Oberschule für „geisteswissenschaftliche“ Berufe Berechtigung habe, nicht aber für naturwissenschaftliche, technische Berufe, für die sie nicht die geeignete Vorbildung vermittele. Da mögen uns doch die Verfechter dieser Thesen einmal erklären, wieso die Entwicklung der deutschen Technik, die deutschen industriellen Leistungen, die Höhe der technischen Wissenschaften, die doch im Wesentlichen von Deutschen entwickelt wurden, wieso das — was in der ganzen Welt anerkannt werden mußte, — alles möglich geworden ist bei einer solchen bisherigen mangelhaften Auslese durch die Oberschule, durch einen solchen irrigen Ausbildungsgang der technisch-wissenschaftlichen Berufsträger.

Es ist nicht zu bestreiten, daß ein besonders begabter und so ausgelesener Absolvent einer Höheren Technischen Lehranstalt auf der Hochschule in manchen Fächern den Absolventen der Oberschulen überlegen ist; er muß es ja sein, sonst hätte ja die Höhere Technische Lehranstalt ihren Zweck verfehlt. Unbestritten ist aber auch, daß er in anderen Fächern, die auch nicht nebensächlich sein dürften, nicht überlegen sein kann und nicht ist. Aber kommt es denn darauf an? Der Gesamterfolg ist entscheidend, und der wird sich erst im praktischen Leben, im Berufe zeigen, in dem neben dem „Fache“ auch noch etwas anderes eine Rolle spielt. Und dieses „andere“ braucht das breitere Fundament der „allgemeinen“ Bildung. Die Erfahrung hat das in der Vergangenheit gelehrt, und die Zukunft wird die Richtigkeit erneut beweisen.

Uns scheint, als ob man allzu geneigt sei, die Ausnahmen im technischen Berufskreis zum Regelfall machen zu wollen. Es ist hier schon früher einmal darauf hingewiesen worden, daß der soziale Aufstieg hervorragender Persönlichkeiten leicht verallgemeinert wird, daß man diesen Aufstieg „aus eigener Kraft“ nur in seiner Äußerlichkeit sieht, daß man aber darüber hinweggeht, daß eben dieser Aufstieg in der Persönlichkeit begründet ist, die

man nicht nach Berufsbildung und Allgemeinbildung einfach aufteilen kann. Man vertiefe sich in die Lebensgeschichte solcher hervorragender Männer, und man wird finden, wie zähe und unermüdlich sie gerade an der allgemeinen Bildung gearbeitet haben, um ihren Gesichtskreis über das rein Fachliche und Zweckmäßige zu erweitern, aus der Erkenntnis heraus, daß das Allgemeine umso mehr nötiger wird, als das Fachliche sich aus der Ebene der reinen Anwendung, aus dem „Technischen“ sich erhebt. Durch den vorgeschlagenen Ausbildungsgang, der wie schon vor längerer Zeit in der Zeitschrift „Deutsche Berufserziehung“ gesagt wurde, der normale werden soll, während der Weg über die Oberschule bald nur noch eine Ausnahme sein würde und nur für die „rein geistigen Berufe“ in Frage käme, durch diesen Gang über die Berufs- und Fachschule würde man letzten Endes einen ganzen Berufsstand von der sogenannten Allgemeinbildung ausschließen, was fast einer Verneinung der allgemeinen Bildung gleichkommen würde. Professor Dr.-Ing. O. Streck (a. a. o.) sagte dazu:

„... Den Maßstab für die verlangte Allgemeinbildung gibt neben seinem allgemeinen und fachlich-technischen Wissen und Können seine charakterliche Bewährung, seine weltanschauliche Haltung und sein politischer Einsatz. Die Erfüllung dieser Forderung gewährleistet bei der vorhandenen zusätzlichen Begabung und durch die zusätzliche Ausbildung an der Hochschule jenen Bildungsstand, der von einem führenden Ingenieur verlangt werden muß...“

Das kann richtig sein, es kommt eben darauf an, was man unter einem führenden Ingenieur künftig verstehen will, welche Stellung man ihm im Rahmen von Volk und Staat, in der Wirtschaft, der Verwaltung, in der Allgemeinheit zubilligen will. Aus den Kreisen der Technischen Berufsträger (wir haben hier vielfach darüber berichtet) hören die Klagen nicht auf über die unzulängliche Wertung des Ingenieurs. Wird dieser erkannte und anerkannte Mißstand beseitigt durch den vorgeschlagenen Ausbildungsgang?

Neue Normen

Herausgeber: Deutscher Normenausschuß E. V., Berlin NW 7, Dorotheenstr. 40.
Vertrieb: Beuth-Vertrieb, Berlin SW 68, Dresdener Str. 97.

Leistungssteigerung im Schriftverkehr: Auf Grund der kürzlich abgeschlossenen Beratungen des Arbeitsausschusses Vordrucke unter Beteiligung von maßgebenden Vertretern der Praxis (Behörden, Verbraucher, Organisatoren, Drucker) hat der Deutsche Normenausschuß die Normblätter DIN 676, 677 und DIN 679 für den Vordruck von Briefblättern, Halbbriefblättern und Postkarten neu herausgegeben. Die bisherigen Ausgaben dieser drei Normblätter haben sich in mehr als zehn Jahren bewährt. Bei den vorliegenden Neuausgaben sind die Erfahrungen der Praxis berücksichtigt, so daß diese Normen jetzt allen Ansprüchen an Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit entsprechen.

Im Interesse wirksamer Erleichterung und Vereinfachung des Schriftverkehrs wäre deshalb ein allgemeiner Übergang zu den neuen Normen (und zwar auch seitens der Behörden) sehr erwünscht. Die durch die Normen vorgenommenen Vereinheitlichungen und Verbesserungen führen auch auf diesem Gebiet zu beträchtlichen Leistungssteigerungen!

Kurzberichte

Wehrhafte Wirtschaft: Jetzt, im Zeichen des Krieges, zeigt es sich erst, welche Bedeutung die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgesinnung für die Führung des uns aufgezwungenen Kampfes hat. Die Erziehungsarbeit des Nationalsozialismus während der vergangenen Jahre, die Wirtschaft nach soldatisch-sozialistischen Grundsätzen zu führen, hat zu einer Wehrhaftmachung der deutschen Wirtschaft

geführt, die jetzt ihre Früchte trägt. Die Gemeinschaft ist seit 1933 Ziel und Grenze allen Handelns; oder wie es der Reichspressechef Dr. Dietrich einmal ausdrückte, ist auch für das Gebiet der Wirtschaft die Gemeinschaftsidee nicht nur eine sittliche Forderung, sondern die ökonomisch notwendige und die wissenschaftlich zwingende Grundlage. Alle Kräfte sich entfalten zu lassen und sie einzusetzen für Deutschlands Aufbau und neue Volkwerdung, das war und ist die Aufgabe der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung, wie sie aus dem nationalsozialistischen Wirtschaftsdenken notwendig folgt. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik konnte keinen anderen Sinn haben, im Gleichklang mit der unerhörten gewaltigen Wandlung der politischen Anschauungen, auch in der Wirtschaft die Geister zu mobilisieren, ihrerseits zur Vollendung des Werkes an einer restlos nationalsozialistisch geformten Wirtschaftsgemeinschaft mitzuwirken, die die materiellen Voraussetzungen für die Ziele des Führers, Deutschlands Lebensrecht zu sichern, schuf.

Was in dieser Hinsicht geleistet worden ist und inwieweit in Auswirkung der von unserer nationalsozialistischen Staatsführung ergriffenen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaft diese Ziele schon heute erreicht worden sind, das zeigte sich bei dem Sieg unserer Truppen im Osten. Heute, wo es auf die wirtschaftliche Front genau so wie auf die militärische ankommt, da erweist sich, daß die Schlagkraft unserer Wirtschaft genau so exakt ist wie die unserer Wehrmacht und daß die innere Front mit ihren gewaltigen produktiven Leistungen zur Erringung des Sieges in dem uns aufgezwungenen Kampf genau so beiträgt wie der Einsatz der Soldaten.

Einer wehrhaften Wirtschaft sind drei Aufgaben gestellt: erstens den Anforderungen des Volkes an Nahrungsmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs Genüge zu leisten, zweitens den ungeheuren Bedarf der kämpfenden Truppe sicherzustellen und drittens den Warenaustausch mit den befreundeten und neutralen Staaten im alten Rahmen aufrecht zu erhalten.

Zunächst haben wir die Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes sicherzustellen vermocht. Durch die Erzeugungsschlacht des Bauern mittels einer wohl überlegten und wohl durchdachten Agrarpolitik sind wir heute fähig, mit ruhiger Selbstsicherheit auch auf dem Ernährungsgebiet in einen Kampf hineinzugehen, der alle Vernichtungsversuche englischer und internationaler Kreise von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wir haben bereits sehen können, wie innerhalb von wenigen Tagen Deutschland seine Wirtschaft auf den Ernstfall umstellen konnte. Wir konnten aber auch mit Stolz verzichten, daß im Gegensatz zu manchem Durcheinander, über das aus den sog. demokratischen Staaten berichtet wurde, bei uns das alltägliche Leben sich dank den vorausschauenden und seit langem vorbereiteten Maßnahmen in Ruhe und ohne die in anderen Ländern üblichen Preistreiberien, Verknappungen und Hamstererscheinungen abwickelte. Diese Umstellung auf die durch die Einführung der Lebensmittelkarten geschaffene Lage konnte nur darum so glatt vonstatten gehen, weil in Deutschland nicht nur alle Kräfte ausgerichtet sind auf das große Ganze, sondern weil die maßgeblichen Stellen auch genau unterrichtet sind über alle zur Verfügung stehenden Mittel, die Größe der Vorräte und die vorhandenen Reserven. Seit Jahren haben wir die landwirtschaftliche Erzeugung gesteigert, die Beschaffenheit des Bodens verbessert und die Unabhängigkeit der Futtergrundlage unseres Viehs gesichert. Erleichtert wird unsere heutige Lage auch durch die starke Mechanisierung der Landwirtschaft. Noch die letzte große Reichsnährstandsausstellung brachte einige Beispiele für die Erzeugungssteigerung, die der Reichsbauernführer mit Recht als ein „wirtschaftliches Ruhmesblatt“ der deutschen Landwirtschaft bezeichnete. In diesem Zusammenhang reizt ein Vergleich mit 1915. Damals wurde die Bewirtschaftung derjenigen Güter nach und nach eingeführt, die bereits knapp zu werden drohten, mit dem Erfolg, daß dann auch durch die Einführung der Lebensmittelkarten die Ernährung zunächst nur in recht beschränktem Umfange sichergestellt, auf die ganze Dauer aber nicht aufrecht erhalten werden konnte. Die Versorgung mit den wichtigsten Verbrauchsgütern ist heute im gleichen Umfange nicht nur für das jetzige Wirtschafts-

jahr, sondern darüber hinaus für lange Zeit sichergestellt. Die vorsorglich eingeführten Maßnahmen stellen unter Beweis, daß wir nicht erst die Vorräte verbrauchen und bei einer Mangellage das Kartensystem einführen, sondern die Gewißheit haben, daß mit einer rechtzeitigen und ausreichenden Rationierung die Ernährungswirtschaft gegen alle feindlichen Maßnahmen gerüstet ist.

Soweit das gewerblich-industrielle Leben, das für die Sicherstellung des Bedarfs der kämpfenden Front in erster Linie ausschlaggebend ist, in Betracht kommt, braucht nur auf den Vierjahresplan hingewiesen zu werden. Eine der tragenden Aufgaben dieses Plans bestand darin, die heimische Rohstoffgrundlage soweit wie irgend möglich zu verbreitern, um gegen alle Zufälle und Wechselspiele zwischenstaatlicher Verwicklungen gesichert zu sein. Die verschiedenen Mitteilungen der letzten Zeit über den Stand der Arbeiten zeigten immer wieder, mit welcher Zielsicherheit und Regelmäßigkeit die einzelnen Vorhaben des Vierjahresplans durchgeführt und welche Erfolge erzielt wurden. Auf dem so wichtigen Gebiet der Eisenwirtschaft ist dank der Mitarbeit des Vereins deutscher Eisenhüttenleute die wissenschaftliche Beherrschung der Aufbereitung und Verhüttung deutscher Eisenerze, über die wir in ausreichendem Maße verfügen, gesichert und damit das Problem der Versorgung mit deutschen Eisenerzen gelöst. Durch die beschleunigte Fertigstellung der Hermann-Göring-Werke wird unsere Erzversorgung in absehbarer Zeit eine erhebliche Verstärkung erfahren, die es uns genau wie bei der Kohle erlaubt, die Bedürfnisse der Neutralen in Fertigerzeugnissen weitgehend zu befriedigen. Was wir an wichtigen Roh- und Werkstoffen nicht hatten, wurde — wie Benzin, Kautschuk, Zellulose usw. — dank der Erfindungen der deutschen Wissenschaft geschaffen. Wenn auch viele Jahre dauernder Mühe aufzuwenden waren, so genießen wir doch jetzt in zunehmendem Maße die Früchte der neuen Entdeckungen und Verfahren. Eine vielfältige Kohlenverarbeitung und Kohlenveredlung hat bewirkt, daß ein großer Teil der deutschen Gesamtindustrie heutzutage auf dem Grundstoff Kohle basiert, den wir in überreicher Menge zur Verfügung haben. Sei es nun das Gas, das Ammoniak, das Benzol oder der Teer mit seinen verschiedenen Feinprodukten, die als Ausgangsstoffen für die mannigfaltigen Kunststoffe bedeutungsvoll sind, sei es nun die Bindung des Luftstickstoffs durch Wasserstoff, der zu über 50 v. H. im Koksstoffgas enthalten ist, das synthetische Benzin oder die Herstellung von künstlichem Gummi aus Kohle und Kalk, um nur einige Produkte zu nennen, all dies zeigt dem Laien, daß die Armut unseres Bodens an gewissen Bodenschätzen überwunden ist und daß unser industrieller Leistungsstand in Verbindung mit einer gesicherten anderweitigen Versorgung aus dem Osten und Südosten eine Kriegführung gewährleistet, die keine Mangelwirtschaft kennt. Und dazu wurde unsere ohnehin reichlich bemessene Kohlengrundlage durch die Rückgewinnung Ost-Oberschlesiens wesentlich erweitert. Wenn jetzt von einer deutschen Textilwirtschaft gesprochen wird, so müssen wir uns klar darüber sein, daß es eine solche vor 1933 überhaupt nicht gab. Die ungeheure Arbeit der deutschen Textilwirtschaft im Rahmen des Vierjahresplans hat zu außerordentlichen Erfolgen geführt, die uns von ausländischen Politikern nicht mehr streitig gemacht werden können — und zwar sowohl auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung einheimischer Fasern wie auch auf dem Gebiet der Kunstseide und der Zellwolle.

Neben der Schaffung eigener nationaler Reserven zur Sicherung des Lebensbedarfes unseres Volkes wurde zugleich durch eine besondere Steuerung des Außenhandels dafür Sorge getragen, daß diejenigen Handelsbeziehungen und Handelswege gesichert bleiben, die für unsere Gegner unangreifbar sind. Deutschland hatte in den letzten Jahren schon im Zuge der Politik des Führers seinen Außenhandel nach dem Grundsatz der gegenseitigen Ergänzung mit anderen Völkern ausgerichtet. Die Frage, ob es Großbritannien möglich sei, Deutschland wirtschaftlich zur Kapitulation zu zwingen oder zum mindesten Deutschland entscheidend zu schwächen, verneint die „Westfälische Landeszeitung“ eindeutig, denn die Situation sei heute wesentlich anders als vor dem Weltkrieg. Während 1913 der Anteil der späteren Weltkriegsgegner 60 v. H. des deutschen Europahandels ausmachte, betrug 1938 der Anteil der heutigen Gegner am deutschen

Europahandel knapp ein Drittel dieser Ziffer, nämlich nur 19 v. H. Genau so ist es mit dem Anteil der Gegner am gesamten deutschen Außenhandel, der 1913 immerhin 39 v. H. ausmachte, im Jahre 1938 aber nur noch 12 v. H. — berechnet auf die jetzigen Gegner — betrug. Noch größer ist die Verschiebung zugunsten Deutschlands im Hinblick auf den Anteil der neutralen Staaten, die 1913 mit nur 24 v. H. am deutschen Europahandel bzw. mit nur 16 v. H. am gesamten deutschen Außenhandel beteiligt waren, 1938 aber im Europahandel des Reiches mit 71 v. H. und im gesamten Außenhandel mit 44 v. H. mehr als dreimal so stark vertreten sind. Weitere 10 v. H. des gegenwärtigen Europahandels des Reiches entfallen auf Staaten, die zwar zur Zeit auch neutral sind, aber im besonderen Maße als befreundet gelten müssen. Mithin entfallen insgesamt 81 v. H. unseres Europahandels im Jahre 1938 auf neutrale und befreundete Staaten, nur 19 v. H. hingegen auf die heutigen Gegner. Diese wenigen Ziffern besagen, daß im Gegensatz zum Weltkrieg der gefährdete Handel heute um zwei Drittel geringer, der gesicherte Handel aber drei- bis viermal so groß ist. Die geringe Wirkung einer Seeblockade gegen Deutschland ergibt sich auch aus der Tatsache, daß Deutschland im Gegensatz zum Weltkrieg zu den neutralen Staaten des Nordens und Nordostens keine von einem Feind gefährdeten territorialen oder maritimen Verbindungen hat. Zu allen südlichen und südöstlichen Ländern, die heute ausnahmslos neutral sind, hat Deutschland sichere unmittelbare Landverbindungen. Hinzu kommt, daß Deutschland kürzlich einen wirtschaftlichen und politischen Pakt mit der Sowjetunion geschlossen hat, dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.

Erstaunliches hat die deutsche Wirtschaft bei der Ausrüstung der neuen deutschen Wehrmacht und der Sicherung der Nahrungs- und Rohstofffreiheit geleistet und damit eine Waffe geschmiedet, die immer scharf bleiben wird, ja, wie es Generalfeldmarschall Göring verkündete, mit der Dauer des Krieges noch schärfer werden wird, weil es nur vermehrter Arbeit bedarf, um der etwaigen Steigerung des Verbrauchs gerecht zu werden. Deutschland ist nach jeder Richtung hin der bestgerüstete Staat der Welt. Die dem Nationalsozialismus oft zum Vorwurf gemachte „Weltfremdheit und Phantasterei“ konnte nur einer mangelhaft und oberflächlichen Beschäftigung mit seinen Gedankengängen entspringen. Daß er realpolitisch dachte und handelte, darüber müssen auch seinen letzten Widersachern jetzt die Augen aufgehen.

Literatur

Neue Bücher:

Das AWF-Härtebuch. 95 Beispiele aus der Härtepraxis. Herausgegeben vom Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung (AWF) beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW). — Leipzig und Berlin: B. G. Teubner 1939. Dritte, erweiterte Auflage, 161 Seiten, 116 Abbildungen im Text (Verlags-Bestell-Nr. 12 068).

Gegenüber der vorhergehenden Auflage ist das vorliegende „Härtebuch“ durch die Einfügung von „Begriffsbestimmungen für die Stahlbehandlung“ (von Dr.-Ing. Karl Daevs) und durch einen besonderen Abschnitt über induktive Härtung erweitert. Ferner wurden die praktischen Ausführungsbeispiele bei der Autogenhärtung neu bearbeitet, und Ergänzungen sind auf den Gebieten „Temperaturmessung“, „Temperaturanzeige“ und „Temperaturregelung“ vorgenommen. In Verbindung damit, daß überall die Darlegungen auf den neuesten Stand gebracht wurden, ergaben die genannten Erweiterungen und Ergänzungen ein Buch, das umfassend und erschöpfend das wichtige Gebiet der Härtetechnik behandelt und für den Härtefachmann unentbehrlich ist; die neue Auflage erfüllt so vollständig die Aufgabe, die sich seine Bearbeiter und sein Herausgeber gestellt haben: ein Buch zu schaffen, das stets ein zuverlässiger Berater des Betriebsmannes ist.

Sz.

Luftfahrt. Eine Einführung in das Gesamtgebiet. — Unter Mitwirkung des Reichsluftfahrtministerium, des NS.-Fliegerkorps, der

Reichsjugendführung und anderer amtlicher Stellen bearbeitet und herausgegeben vom Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe (Datsch). — Leipzig und Berlin: B. G. Teubner, 1939. — Zweite, verbesserte und erweiterte Auflage (26.—45. Tausend), X/255 Seiten, 300 Abbildungen, Tafeln und Übersichten, kart. 3,20 RM. (Bestell-Nr. 10 800).

Der Erfolg der ersten großen Auflage dieses Buches hat gezeigt, daß es in seiner anschaulichen und allgemeinverständlichen Gestaltung den Wünschen weitester Kreise ebenso entsprochen hat. Deshalb wird auch diese neue, vollkommen auf den neuesten Stand gebrachte Auflage des Luftfahrtbuches überall freudig begrüßt werden und wieder dazu beitragen, dem Gedanken „Deutsche Luftfahrt allzeit in der Welt voran“ zur Geltung zu verhelfen.

Um jedem Leser den Überblick über das umfangreiche und heute so wichtige Gebiet zu erleichtern, gibt das Buch in kurzen Ausführungen einen Einblick in alle Zweige des Luftfahrtwesens. Nach Darlegung der wichtigsten physikalischen Grundlagen und der Bedeutung des Wetters für Durchführung und Sicherheit des Fluges leitet es an Hand von Vergleichen aus dem Pflanzen- und Tierreich die verschiedenen Grundformen der Luftfahrzeuge ab. Eingehend werden der Modellflugzeugbau und der Gleit- und Segelflug behandelt. Die folgenden Hauptabschnitte führen zum Motorflug mit allen seinen Sonderarten. Es schließt sich die Darstellung der übrigen Luftfahrzeuge an und die wichtigen Abschnitte „Ausrüstung des Flugzeugs“, „Bodenorganisation und Flugsicherung“, „Luftverkehr“, „Luftgefahr und Luftschutz“, die wie viele andere Kapitel einer völligen Neubearbeitung unterzogen wurden. Neu hinzugekommen sind jetzt als wertvolle Beiträge der Abschnitt „Luftwaffe“, ferner „Werkstoffe im Luftfahrzeugbau“, „Luftrecht“, „Luftfahrtmedizin“, „Berufe der Luftfahrt“ und die Schlußbetrachtung.

Das mit einer großen Anzahl guter Zeichnungen, Skizzen und Photos ausgestattete Buch wird jedem Freund deutscher Luftfahrt wertvolle Aufschlüsse, Anregungen und Kenntnisse vermitteln. Vor allem aber gehört das Buch in die Hand des Nachwuchses, so daß sich jeder deutsche Junge (Weihnachtstisch!) das grundlegende Wissen über die Fliegerei aneignen kann und damit für den Luftfahrtgedanken begeistert wird.

Grimsehl's Lehrbuch der Physik. Zum Gebrauch beim Unterricht, neben akademischen Vorlesungen und zum Selbststudium. — Neubearbeitet von Professor Dr. R. Tomasek, Direktor des Physikalischen Instituts der Technischen Hochschule München. Dritter Band: Materie und Äther. — Leipzig und Berlin: B. G. Teubner, 1939. — Neunte Auflage, VIII/458 Seiten, 339 Abbildungen im Text, geb. 14,— RM.

Den bisher erschienenen Bänden der neuen Bearbeitung des bekannten Lehrbuches der Physik, über die hier in „Technik und Kultur“ früher ausführlich jeweils berichtet wurde, fügt sich nunmehr der Dritte Band an, der im Rahmen des ganzen Werkes ein ganz neues Werk darstellt. Gegenüber der 8. Auflage sind eine Reihe Verbesserungen vorgenommen, so besonders bei verschiedenen Zahlenwerten; ferner sind Anpassungen an neue Erkenntnisse vorgenommen, beispielsweise bei den Angaben über die radioaktive Erdwärme, über die Geschwindigkeitsabhängigkeit der Elektronenmasse und über Massenspektroskopie. Neu aufgenommen sind in den Band das Starksche Atommodell, das Mesotron und die Hahnschen Ergebnisse der Uranumwandlung.

Im einzelnen gliedert sich das Buch in 11 Abschnitte, einen Anhang (Tabellen), ein Namen- und ein Sachverzeichnis. Die einzelnen Abschnitte behandeln: Der elektrische Aufbau der Materie — Die Kerne — Licht und Materie — Welle und Korpuskel — Spektrallinien und Atombau der Mehrelektronensysteme — Molekülbau — Der Bau der zusammenhängenden Materie — Der Bau der Kerne und deren Umwandlung — Geophysikalische

Probleme der Elektrizität und des Magnetismus — Elektrodynamik bewegter Körper — Materie und Energie im Weltraum.

Diese Übersicht vermag natürlich kein erschöpfendes Bild über den Inhalt des Werkes zu geben, zeigt aber doch die umfangesnde Behandlung des Stoffes, die durch außerordentlich instruktive Abbildungen und Zeichnungen wirksamst unterstützt wird. Überaus reichhaltig ist das Zahlenmaterial (rd. 40 Tabellen im Text), das dem praktisch tätigen Forscher willkommen sein dürfte.

Wie schon die früheren Bände, so ist auch der vorliegende in klarer einprägsamer Sprache geschrieben und zeigt eine Behandlung des Stoffes, die besonders auch für das Selbststudium hervorragend geeignet erscheint.

Das klassische Grimsehl-Lehrbuch der Physik hat in Prof. Dr. Tomaschek einen Bearbeiter gefunden, durch den es auch in unserer Zeit zum Standardwerk werden wird.

Wir empfehlen das Buch allen wissenschaftlich interessierten und insbesondere den forschend tätigen Ingenieuren, die aus ihm größten Nutzen ziehen werden.

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz.

Baentsch, Erich: Der kranke Dieselmotor. — Ein Buch für alle, die mit Dieselmotoren in Lokomotiven, Baggern, Kompressoren, Schleppern und anderen Baumaschinen zu tun haben. — Berlin — Wien — Leipzig: Otto Elsner Verlagsgesellschaft, 1939. — Heft 8 der Schriftenreihe der Wirtschaftsgruppe Bauindustrie; 90 Seiten, 31 Abbildungen im Text.

Der Untertitel gibt den Zweck dieses Buches an: die Behandlung und die Beseitigung von Störungen bei Dieselmotoren auf den Baustellen für den Maschinenführer darzustellen, und zwar ist der richtige Grundsatz klar zu erkennen, daß ein Vorbeugen von Störungen durch zweckmäßige Behandlung besser ist als erst Störungen abzuwarten, um dann die Beseitigung zu versuchen, die auf alle Fälle eine Unterbrechung der Bauarbeiten bedingt. Der Verfasser schrieb das Buch aus reichen praktischen Erfahrungen heraus, und so ist es ihm gelungen, den Text leicht verständlich und einprägsam zu fassen. Das Buch ist deshalb allen zu empfehlen, die mit der Überwachung und Führung von Dieselmotoren zu tun haben. Schg.

Kalender des Deutschen Metallarbeiters 1940. — Herausgeber: Deutsche Arbeitsfront, Fachamt Eisen und Metall. Bearbeitet von Oberingenieur Walter Lehmann. — Berlin: Verlag der Deutschen Arbeitsfront 1939. 7. Jahrgang, 334 Seiten, zahlreiche Abbildungen im Text, geb. 0,90 RM.

Dieser „Kalender“ hat sich längst erfolgreich eingeführt, und zwar nicht wegen seines geringen Preises (der natürlich um so mehr eingeschätzt wird), sondern auf Grund seines reichen und zweckhaften Inhalts. Der „Kalender“ ist ein Taschenbuch, das dem Metallarbeiter auf alle ihm in seiner Berufsarbeit auftretenden Fragen Antwort gibt. Darüber hinaus aber gibt das Taschenbuch für die Weiterbildung Anregungen und reiche Unterlagen, so daß es ein gutes Instrument für die Leistungssteigerung ist. (Ein Verzeichnis empfehlenswerter und doch wohlfeiler Bücher ist dem Taschenbuch angefügt und gibt gute Hinweise für ein Studium einzelner Gebiete!) Das Taschenbuch ist auch dem Betriebsingenieur zu empfehlen, dem es manche Anregung zu geben hat und als zuverlässiges Nachschlagewerk dienen kann. St.

Schäfer, Dr.-Ing. Wilhelm: Transformatoren. — Berlin: Walter de Gruyter u. Co., 1939. Band 952 der

„Sammlung Göschen“. 127 Seiten, 74 Abbildungen im Text, geb. 1,62 RM.

Die altbekannte und sehr beliebte „Sammlung Göschen“ setzt durch diesen neuen Band ihre Tradition fort: über die wichtigen Einzelgebiete der Technik auf knappem Raum eine zusammenfassende Darstellung der Grundlagen zu geben, die zum Studium der Materie erforderlich sind, und gleichzeitig einen guten Einblick in die jeweiligen Gebiete zu vermitteln. Dem Verfasser des vorliegenden Bandes ist die Aufgabe sehr gut gelungen; er gibt eine Theorie der Transformatoren insoweit, als sie die physikalischen Zusammenhänge erhellt und ermöglicht, daß die wichtigsten Werte der Größenordnung noch ermittelt werden können. Er hat ferner die wichtigsten Gesichtspunkte erörtert, die zur Beurteilung und zur Auswahl von Transformatoren maßgebend sind. Damit, und unterstützt durch gut ausgewählte Abbildungen bzw. klare Zeichnungen, ist das Werkchen besonders auch für alle Ingenieure zu gebrauchen, die sich aus betrieblichen und baulichen Gründen mit Trafos zu befassen haben. Dem Studierenden kann das Buch empfohlen werden. Schr.

Zeitschriften:

Aus der Natur (Der Naturforscher). Bebilderte Monatsschrift für das gesamte Gebiet der Naturwissenschaften und ihre Anwendung in Naturschutz, Unterricht, Wirtschaft und Technik. — Berlin-Lichterfelde: Hugo Bermühler Verlag, 16. Jahrgang, Heft 6, September 1939, Seiten 171 bis 204.

Das vorliegende Heft dieser bekannten Zeitschrift beginnt mit einem Aufsatz „Mensch und Orang“ von Professor Dr. Gust. Brandes in Dresden, der weiten Kreisen der Naturfreunde, Biologen und Tierliebhaber durch sein Buch: „Buschi. Vom Orang-Säugling zum Backenwulster“ bekannt und geschätzt ist. Dem Aufsatz hat der Verfasser hervorragend eindrucksvolle Abbildungen aus seinem genannten Buche beigegeben. — Dr. R. Rein gibt in einem Bericht „Philosophie und Medizin“ den hauptsächlichlichen Inhalt des Buches „Die Sede“ von Professor Dr. August Bier wieder. — Von weiteren Aufsätzen des reichhaltigen Heftes dürfte u. a. besonders die Abhandlung über die „Gründung von Termiten-Staaten“ von Professor Dr. A. Jacobi in Dresden interessieren; aus dem Gebiet der Technik ist ein Aufsatz von Dr. W. Flemmig in Düsseldorf über neue Errungenschaften der deutschen Eishütten-technik zu nennen.

Glasers Annalen. Zeitschrift für Verkehrstechnik und Maschinenbau. Organ der Deutschen Maschinentechnischen Gesellschaft. — Berlin: F. C. Glaser (SW 68, Charlottenstr. 86), 63. Jahrgang, Heft 16, 15. August 1939, Seiten 215 bis 226.

Heinrich Haiduk, Berlin (†) gibt einen neuen Weg für die Festigkeitsberechnung von auf einer Zylinderfläche befindlichen Schweißnäthen (Festigkeitsberechnung geschweißter Bremshebel) an.

„Über die neuere Entwicklung von Straßenwalzen“ berichtet an Hand zahlreicher kennzeichnender Abbildungen Dipl.-Ing. Riedig.

In einem Aufsatz „Die Mason-Lokomotive“ weist F. Meineke, Berlin, darauf hin, daß diese etwas in Vergessenheit geratene Lokomotivbauart mit den zeitgemäßen technischen Mitteln wieder lebensfähig gemacht werden könne und bei sehr großen Leistungen bemerkenswerte Vorteile biete. Als solche nennt der Verfasser: einen leistungsfähigen Kessel einfacher Bauart bei geringem Gewicht; Fehlen freier Massenkräfte des Treibgestells; vorzügliche Laufeigenschaften in der Geraden und im Bogen; gute Sicht für die Mannschaft und eine leichte Anwendbarkeit mechanischer Feuerungen.